

Titel Gute Bildung für alle – auch in der Krise!

AntragstellerInnen Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Gute Bildung für alle – auch in der Krise!

- 1 Schule als Ort zum Lernen und Leben
- 2 Während der Corona-Krise wurde deutlich, wie wichtig Schule als Lernort ist und dass ein reines Lernen von zuhause
- 3 aus oft nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt.
- 4 Während der Schulschließungen wurden Schüler*innen aller Altersstufen mehr oder weniger intensiv online unter-
- 5 richtet. Dabei war zu beobachten, dass Onlinelehre auch schnell an ihre Grenzen kommt, zum Beispiel bei der techni-
- 6 schen Ausstattung, dem eigenständigen Lernen, der Unterstützung durch Eltern und andere Erziehungsberechtigte.
- 7 Schnell wurde klar: Präsenzunterricht ist sehr wichtig, um ein erfolgreiches Lernen für alle Schüler*innen zu gewähr-
- 8 leisten und Bildungsungerechtigkeiten nicht noch größer werden zu lassen.
- 9 Der Bildungserfolg von Schüler*innen war bereits vor der coronabedingten Unterrichtssituation stark abhängig von
- 10 der sozialen Situation der Eltern. Durch das "Lernen zuhause" verschärfen sich diese Bildungsunterschiede, die durch
- 11 die soziale Herkunft bedingt sind, weiterhin. So haben nicht alle Schüler*innen zuhause geeignete Lernumgebungen
- 12 (digitale Endgeräte, einen ruhigen Arbeitsplatz, etc.), um die Arbeitsaufträge dort zielführend auszuführen. Auch ha-
- 13 ben Schüler*innen unterschiedliche Möglichkeiten, um bei den Aufgaben auf die Unterstützung durch die Eltern oder
- 14 das soziale Umfeld zurückzugreifen. So werden durch das Lernen zuhause vor allem solche Kinder bevorzugt, die auf-
- 15 grund der sozialen Lage der Eltern ohnehin sowohl materielle als auch soziale Vorteile gegenüber sozial schlechter
- 16 gestellten Schüler*innen genießen.
- 17 Daher fordern wir auch für den Unterricht nach Corona, dass vor allem solche Unterrichtskonzepte eingesetzt wer-
- 18 den, die die Schüler*innen unabhängig von der Situation zuhause fördern (z.B. keine Hausaufgaben, Referate nicht
- 19 zuhause vorbereiten). Zusätzlich sollte auch das Ganztagesangebot mit pädagogisch geschultem Personal an allen
- 20 Schulen weiter ausgebaut werden, um herkunftsbedingte Nachteile der Kinder auszugleichen zu können.
- 21 Wir fordern, dass alle Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz haben. Hierbei sollen Konzepte erarbei-
- 22 tet werden, in denen nicht lediglich eine nachmittägliche Hausaufgabenbetreuung angeboten wird. Vielmehr sollen
- 23 Unterricht und Entspannung und Freizeit sich abwechseln und Schule sich so von einem reinen Lernraum in einen
- 24 Lebensraum entwickeln. Eine wissenschaftliche Begleitung der Entwicklung dieser Konzepte ist unabdingbar.
- 25 In der Corona-Zeit konnten auch ein paar positive Dinge in Bezug auf den Unterricht festgestellt werden, die in Zu-
- 26 kunft ihren Platz im Schulalltag finden sollen und v.a. in Bezug auf Ganztagesunterricht umgesetzt werden können. So
- 27 konnten die Schüler*innen während der Zeit des Zuhauselernens in ihrem eigenen Tempo an den Themen arbeiten
- 28 und sich ihre Zeit frei einteilen. In einen gut strukturierten Ganztageskonzept muss es für Schüler*innen die Möglich-
- 29 keit geben, in ihrem Tempo zu arbeiten. Außerdem muss (auch im Lehrplan) Platz geschaffen werden für individuelle
- 30 Schwerpunktsetzung von Seiten der Schüler*innen.
- 31 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Aufgabe der sozialen Kontrolle durch Schulen, Kindergärten und andere Betreu-
- 32 ungseinrichtungen. So ist es während des Online-Unterrichts schwierig festzustellen, ob es allen Kindern gut geht.
- 33 Das heißt, das Kindeswohl kann durch die Lehrkräfte nicht überprüft werden. Bereits im normalen Schulalltag ist
- 34 es häufig nicht einfach, Probleme der Schüler*innen zuhause zu entdecken, da viele Kinder nicht direkt preisgeben

35 wollen, wenn es zuhause Schwierigkeiten gibt. Fehlt der persönliche Kontakt, so fehlt auch die zwischenmenschliche
36 nonverbale Kommunikation, die für das Sprechen über Gefühle und Probleme sehr wichtig ist.

37 Wenn Schüler*innen ausschließlich zuhause lernen, fällt ein wichtiger Aspekt der Schule weg, auf den auch nach
38 der Corona-Zeit sehr großer Wert gelegt werden sollte: das soziale Lernen. Schule hat nicht nur die Aufgabe, Kin-
39 dern und Jugendlichen Fachwissen beizubringen. Soziales Lernen meint alle Formen des Lernens, die in Interaktion
40 mehrerer Kinder passieren. Dies fördert sowohl die Sozialkompetenz der Schüler*innen als auch ihre Entwicklung.
41 Ein voneinander Lernen ist von zuhause aus kaum möglich, Partner*innenarbeiten sind auch aufgrund fehlender
42 Ausstattung und Tools meist nur sehr spärlich angeboten worden. Gerade in inklusiven Schulsettings wird das von-
43 einander Lernen stark betont, da Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf viel von Kindern
44 ohne Unterstützungsbedarf lernen können und andersrum.

45 Auch vor der Corona-Krise zeigte sich ein schulartübergreifender Lehrer*innenmangel, der durch die aktuelle Situati-
46 on noch verstärkt wurde. Um alle Schüler*innen hinsichtlich ihrer Stärken und Schwächen gezielt fördern zu können,
47 ist es zwingend notwendig, mehr Lehrkräfte einzustellen. Zusätzliche Förderung sollte nicht von einzelnen Lehrer*in-
48 nen abhängen, sondern durch multiprofessionelle Teams gestemmt werden. Die multiprofessionellen Teams be-
49 stehen neben Lehrkräften auch aus (Schul-)Psycholog*innen, Sonderpädagog*innen und Sozialpädagog*innen, die
50 zusammen die Schüler*innen in ihrem Schulalltag und bei der Planung der Berufslaufbahn unterstützen. Es ist wich-
51 tig, dass die verschiedenen Professionen miteinander, statt gegeneinander arbeiten und so den Schüler*innen eine
52 bestmögliche Schullaufbahn ermöglichen.

53 **Die Digitalisierung des Bildungswesens**

54 Es gibt in unserem Leben kaum mehr Bereiche, die nicht mit Technologie durchdrungen sind. Die immer weiterge-
55 hende Technologisierung und Digitalisierung wird dabei heute überwiegend aus wirtschaftlichen Interessen voran-
56 getrieben. Die Diskussionen darüber finden überwiegend wettbewerbsorientiert ("wir müssen digitaler werden, um
57 den Anschluss nicht zu verlieren") statt bedarfsorientiert statt ("wo genau brauchen wir welche Technologie?").

58 Wir wollen den Informatikunterricht reformieren und ausweiten und zum Beispiel Kompetenzen in der Softwareent-
59 wicklung verstärkt lehren.

60 Digitalisierung passiert nicht von selbst und ist keine unausweichliche Entwicklung. Bislang ist sie jedoch eine über-
61 wiegend unregulierte und nicht politisch gestaltete Entwicklung. Wir wollen daher, dass junge Menschen sich kritisch
62 mit der Technologisierung auseinandersetzen und lernen, wie wir digitale Technologien so einsetzen können, dass
63 sie den Menschen dienen und nicht den Profiten erreicht!

64 Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen und Forderungen nach einem starken Ausbau der digitalen Infrastruktur
65 im Bildungssystem muss auch die pädagogische und soziale Weiterentwicklung des Bildungssystem weiterhin als
66 Zielstellung in der Diskussion um Digitalisierung stehen. Allen voran sollten beim Ausbau der digitalen Infrastruktur
67 in der Schule, die nach wie vor bestehenden herkunftsbedingten Unterschiede des Bildungserfolgs von Schüler*innen
68 mit in den Blick genommen werden. Vor allem sollten solche Konzepte der Digitalisierung umgesetzt werden, die den
69 Ausgleich sozialer Unterschiede fördern.

70 Die Lehre zum Umgang mit digitalen Geräten und Medien scheitert auch häufig an Lehrer*innen, die nicht mit digi-
71 taler Technik vertraut sind. Schulen benötigen deshalb zuallererst besser ausgebildete Lehrkräfte, die mit den Her-
72 ausforderungen der Zukunft und Möglichkeiten der Digitalisierung im Studium ausgebildet wurden. Dieses Wissen
73 muss über Fortbildungen verstärkt werden.

74 Die coronabedingte Unterrichtssituation und das Lernen zuhause haben die Notwendigkeit einer funktionsfähigen
75 und praktikablen Lernplattform nochmal deutlich gemacht. Darüber hinaus zeigte sich in dieser Situation aber auch,
76 dass auch der persönliche Kontakt zwischen Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern weiterhin ein wichtiger Bestand-
77 teil pädagogischer Arbeit ist. Das Lernen zuhause darf sich nicht auf den reinen Austausch von Unterrichtsmaterialien
78 und Abreitsaufträgen beschränken. Die Lernplattformen müssen daher um eine offizielle datenschutzrechtlich kon-
79 formierte Plattform(en) für Videokonferenzen erweitert werden, auf der ein solcher persönlicher Austausch möglich ist.
80 Auch bei Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts kann eine Plattform(en) für Videokonferenzen helfen, Schüler*in-
81 nen individuell und gezielt zu kontaktieren und zu unterstützen. Eine Plattform(en) für Videokonferenzen sehen wir
82 daher als einen wichtigen Bestandteil der digitalen Infrastruktur in der Schule auch über die derzeitige Unterrichtssi-
83 tuation hinaus.

84 Darüber hinaus muss die technische Ausstattung der Schulen auf den neuesten Stand gebracht werden. Hierzu zählt
85 zum Beispiel flächendeckend verfügbares WLAN an Schulen, moderne Arbeitsplätze für Schüler*innen, die auch in
86 Freistunden genutzt werden können und die Ausstattung der Klassenzimmer mit adäquaten Geräten. Dabei müssen
87 auch finanzielle Mittel von Bund und Ländern bereit gestellt werden, da die Sachaufwandsträger*innen - also die
88 Kommunen und Kreise - dies nicht alleine stemmen können. Vor allem in strukturschwachen Gebieten muss hier
89 ein Ausgleich geschaffen werden, damit alle Schüler*innen profitieren und nicht nur diejenigen, die in wohlhabende
90 Gegenden geboren wurden.

91 Gerne werden Smartphones als Ablenkung im Unterricht in Verbindung gebracht und nicht als etwas, das man im
92 Unterricht produktiv einsetzen kann. Dabei gewährt dieses Endgerät den Zugriff auf einen riesigen Pool an Informatio-
93 nen. Die Nutzung der Smartphones im Unterricht sollte pädagogisch sinnvoll eingebunden werden. Auch außerhalb
94 des Unterrichts sollten in Schulen Regelungen geschaffen werden, die die Nutzung des Smartphones ermöglichen.

95 Auch für die Arbeit außerhalb der Schule und im Unterricht müssen die Voraussetzungen für Kinder angeglichen und
96 verbessert werden. Aus diesem Grund beziehen wir je nach Wahl der Schule Laptops oder Tablets in die Lehrmit-
97 telfreiheit mit ein. Konzepte, die dem Prinzip "Bring your own device" folgen, lehnen wir ab. So wird Diskriminierung
98 oder Mobbing von Schüler*innen, die sich kein teures Endgerät leisten können, entgegengewirkt. Gleichzeitig setzen
99 wir uns für eine Aufhebung des pauschalen Handyverbotes an bayerischen Schulen ein. Es kann angenommen wer-
100 den, dass fast alle Jugendlichen regelmäßig mit Smartphones umgehen. Das Handy ist im jugendlichen Alltag fest
101 verankert. Eine offene und integrative Regelung zu einem pädagogisch sinnvollen Einsatz von Smartphones in der
102 Schule, sowohl im Unterricht als auch im Allgemeinen, soll an die Stelle des pauschalen Verbotes treten.

103 Bestehende Lehrpläne müssen zum Zwecke der Digitalisierung überarbeitet werden. Neue Lehr- und Lerninhalte aus
104 dem Bereich der Digitalisierung müssen systematisch eingearbeitet werden. Das Ziel ist, ein umfassendes Grundver-
105 ständnis mit dem Umgang mit Medien und digitalen Arbeitsmitteln in den Lehrplänen abzubilden.

106 **Außerschulische Bildung und Freizeitangebote**

107 Für Kinder und Jugendliche waren nicht nur Schulen und Kitas in der Coronakrise geschlossen, sondern auch sämtli-
108 che sozialen, nicht-privaten Anlaufpunkte wie Jugendtreffs, Skateparks und Spielplätze. Mittlerweile öffnen diese erst
109 allmählich unter strengen Auflagen.

110 Einrichtungen der Jugendarbeit sind nun aufgrund der Monate, in denen kaum aktiv gearbeitet werden konnte, in
111 einer finanziellen Schieflage. Hier fordern wir finanzielle Nothilfen, um hier Abhilfe zu schaffen, und setzen uns lang-
112 fristig für eine bessere Finanzierung ein.

113 **Erwachsenenbildung**

114 Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss - trotzdem wurden Einrichtungen der Erwachsenenbildung bei der Wie-
115 deröffnung nicht mitgedacht. Volkshochschulen und andere Träger*innen wussten lange nicht, wann und unter wel-
116 chen Umständen sie ihr Präsenzangebot wieder anlaufen lassen können. Dies traf zum Beispiel auch auf Deutsch-
117 kurse für Migrant*innen zu.

118 Darüber hinaus muss auch der Blick auf die Beschäftigten in der Erwachsenenbildung gerichtet werden. Weniger
119 als 20 Prozent sind Angestellte, die meisten sind als Soloselbstständige auf Basis von Werk- und Honorarverträgen
120 tätig. Wenn Kurse ausfallen, fallen somit auch die Löhne weg. Wir fordern eine faire Bezahlung und Absicherung
121 der in der Weiterbildung Tätigen. Zur Abgrenzung von echter, gewollter Selbstständigkeit und erzwungener Schein-
122 selbstständigkeit müssen klare, sinnvolle Regelungen geschaffen werden. Die Bezahlung muss einen angemessenen
123 Rahmen haben, der mindestens der Entgeltgruppe 11 der Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes (TVöD) entspricht.
124 Insbesondere Kurse, die aus der öffentlichen Hand finanziert werden, zum Beispiel die Integrationskurse des BAMF,
125 müssen hier in einer Vorbildfunktion die prekäre Beschäftigung der Lehrenden verhindern.

126 **Hochschule**

127 Die Covid-19 Pandemie hat im Bereich der bayerischen Hochschulen eklatante Probleme offenbart, die nicht enden
128 wollende Empörung in uns hervorruft. Kaum eine andere Gruppe wurde über Monate hinweg demonstrativ verges-
129 sen und nicht unterstützt wie Studierende. Der freie Zugang zu Wissenschaft und Bildung war bereits vorher nur
130 lückenhaft ausgeprägt, auch während Corona nahm der Leistungsdruck nicht ab; dadurch wurden finanziell schlech-
131 ter gestellte oder von Corona und dessen Folgen besonders betroffene Studierende noch mehr benachteiligt. Es zeigt
132 sich: Bildung bleibt in Bayern Elitensache und wird weiter durchökonomisiert! Wir stellen uns dieser Entwicklung mit

133 aller Kraft entgegen und fordern die demokratische, gemeinschaftlich verwaltete und offen zugängliche Hochschule
134 für alle!

135 Demokratie und Mitsprache sind an bayerischen Hochschulen für Studierende lediglich durch ein schwach ausge-
136prägtes Informationsrecht vorhanden. Krisenstäbe haben die Studierendenperspektive fast immer nicht oder viel zu
137spät berücksichtigt. Ohne verfasster Studierendenschaft ist es nicht möglich, sich autonom von den Hochschullei-
138tungen zu organisieren und eigene Ressourcen aufzubauen, um die eigenen Interessen effektiv vertreten zu können.
139 Aus der Covid19-Pandemie folgt für uns:

140 • Gerade in der Krise sind Demokratie und Mitsprache unabdingbar. Wir müssen daher die Verfasste
141 Studierendenschaft einführen und alle Gremien der Hochschulen paritätisch mit Vertreter*innen aller Status-
142 gruppen besetzen.

143 • Studierende sollen auch Hochschulleitungen angehören, die Hochschulleitungen sollen zu Gunsten
144 der gewählten Gremien weniger verbindliche Entscheidungen treffen können

145 Auch die Landesregierung hat lange gezögert, den Hochschulen einen sinnvollen Rahmen für Studium und Forschung
146 während der Pandemie zu schaffen. Wir unterstützen vollumfänglich die Initiative „Solidarsemester“. Zudem wurde
147 unsere Forderung nach einer landesweiten, gewählten und institutionalisierten Studierendenvertretung in ihrer Re-
148 levanz bestätigt.

149 Freier Zugang zu Medien und Literatur wurde durch die notwendige Schließung der Bibliotheken noch aktueller als
150 zuvor. Für uns ist klar: Für Bildungszwecke darf es keine Bezahlschranken oder Barrieren geben. Studierende und
151 Forschende müssen einen vollumfänglichen Online-Zugang zu wissenschaftlichen Quellen bekommen, diese sollen
152 unbegrenzt in Online-Lernplattformen zur Verfügung gestellt und verwendet werden können.

153 Die Ökonomisierung des Hochschulwesens verlangt Studierenden jedes Semester einen Prüfungs- und Abgaben-
154 marathon ab, in dem es selten um die Persönlichkeitsentwicklung und die qualitativ hochwertige Ausbildung von
155 Wissenschaftler*innen geht, sondern um effizientes Auswendiglernen und die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt.
156 Im Corona-Semester wurde lange versucht, alles auf Normalität zu belassen – Studierende wussten über Monate
157 hinweg nicht, ob und wie Prüfungen überhaupt abgelegt werden könnten, selbst wenn sie kurz vor dem Ende der
158 Höchststudiendauer standen. Wir fordern daher:

159 • Das SoSe 20 und WiSe 20/21 werden nicht als Studiensemester gewertet, außer die Studierenden
160 beantragen Gegenteiliges.

161 • Modulnoten, die im SoSe 20 oder WiSe 20/21 eingetragen wurden, sollen auf Wunsch der*des Stu-
162 dierenden nicht in die Abschlussnote mit einfließen

163 • Studierende darf keine Konsequenzen drohen, wenn sie keine Leistungspunkte im SoSe 20 oder
164 WiSe 20/21 ableisten konnten

165 Die finanzielle Situation und die fehlenden Hilfen für Studierenden stellen uns vor die wohl größte Herausforde-
166 rung. Obdachlosigkeit und Studienabbrüche gehören während der Pandemie zur Normalität. Unfähige Bundes- und
167 Landespolitik geben sich hier die Hand, wenn es darum geht, Studierende zu vergessen und kostengünstige Schein-
168 lösungen anzubieten. Wir fordern daher folgende Sofortmaßnahmen:

169 • Sämtliche Studiengebühren werden in Deutschland abgeschafft

170 • Das BAföG wird elternunabhängig ausgezahlt

171 • Das BAföG wird unabhängig vom Hochschulsemester ausgezahlt

172 • Das BAföG wird in einen Vollzuschuss umgewandelt

173 • Die Pauschale im BAföG für Mietzahlungen wird an den Mietspiegel des Wohnortes der

174 Studierenden angepasst, darf den aktuellen Wert jedoch nicht unterschreiten

175 • Schulden aus dem KfW-Kredit für Studierende werden von der Bundesrepublik vollumfänglich über-
176 nommen. Das staatlich geförderte Kreditangebot wird zudem abgeschafft.

- 177 • Die Nothilfen werden ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt, das Auszahlungsvolumen von
178 100.000.000€ ist bei Bedarf zu erhöhen
- 179 Darüber hinaus muss es eine unabhängige Untersuchung der fragwürdigen Vorgänge bei der
180 Auszahlung der sogenannten Corona-Nothilfen des Bundesministeriums für Bildung und
181 Forschung geben. Studierende erhalten nur Hilfgelder, wenn ein Kontostand von weniger als
182 500€ nachgewiesen werden kann, inklusive alle Sparguthaben. Die Anträge werden, wie Recherchen des fzs e.V.
183 ergeben haben, willkürlich abgelehnt. Zudem kamen die Hilfszahlungen erst mehr als zwei Monate nach Ausbruch
184 der Pandemie, obwohl viele Studierende ihren Zuverdienst verloren haben. Die Ministerin Karliczek hat abermals
185 ihre Unfähigkeit bewiesen, in dem sie den KfW-Kredit ein Werbeprogramm auf Kosten der Zukunft von Studierenden
186 beschert hat.
- 187 Anja Karliczek muss zurücktreten.